

Green Economy. Was soll das sein?

Dokumentation des gleichnamigen Workshops bei der 10. Konferenz Zivilgesellschaft vom 1.-3. Juni 2012 in Stift Ossiach, von Marianne Schallhas (Workshop-Leiterin)

Die 10. Konferenz der Initiative Zivilgesellschaft widmete sich dem Thema „Rio+20 – Auf dem Weg zu globaler Verantwortung?“ Anlass für die Themenwahl war die unmittelbar bevorstehende, hochrangige UN-Konferenz „Rio+20. The Future We Want“, die knapp 3 Wochen später in Rio de Janeiro über die Bühne ging. „Green Economy“ war eines der Hauptthemen der UN-Konferenz. Daher wollten wir in unserem Workshop diesen Begriff von mehreren Seiten beleuchten und unsere eigenen Vorstellungen und Wünsche ins Spiel bringen.

Das „grüne“ 3-W-Entwicklungsmodell

Green Economy. Was soll das sein? UNEP, das United Nations Environment Programme, definiert eine Green Economy als eine Wirtschaft, „that results in improved human well-being and social equity, while significantly reducing environmental risks and ecological scarcities.“

(www.unep/greeneconomy/) Diese Definition ist so allgemein gehalten, dass die unterschiedlichsten Vorstellungen damit verbunden werden können, systemimmanente und systemtransformierende.

Wenn es konkret wird, zeigt sich schnell, dass die Regierungen am kapitalistischen 3-W Entwicklungsmodell festhalten – Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Weltmarkt. Durch Forschung und Investition in „grüne“ Zukunftstechnologien und erneuerbare Energien, Investitionen in Naturkapital, „grüne“ Jobs, Technologietransfer sowie das Abschaffen von umweltschädlichen Subventionen soll aber eine grüne Transformation erreicht werden. Nicht weniger, sondern noch mehr Markt bringe die Lösung, indem auf möglichst viele Leistungen der Natur handelbare Zertifikate ausgestellt werden sollen (siehe Emissionshandel). Dadurch soll das bisherige „Marktversagen“ korrigiert werden.

Viele Nicht-Regierungsorganisationen kritisieren den ungebremsten Glauben an ständiges Wirtschaftswachstum und Privatisierung sowie die Vernachlässigung von Verteilungs- und Menschenrechtsfragen, insbesondere auch Organisationen von Frauen und Indigenen. Auch sei nicht alles grün, was als grün bezeichnet wird, beispielsweise im Bereich von Gentechnik und Geo-Engineering.

Green Economy aus der Sicht von Frauen und Indigenen

Schon im Vorfeld der UN-Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 haben Frauenorganisationen ihre Vision von nachhaltiger Entwicklung in der „Women’s Action Agenda 21“ formuliert, in der sie für eine neue Ethik des Wirtschaftens und des Naturbezugs plädierten. Sie kritisierten das Entwicklungsmodell des „freien“ Marktes und ständigen Wirtschaftswachstums und stellten in das Zentrum ihrer Vision das Konzept der Überlebenssicherung (sustained livelihood), das von der Alltagspraxis der Versorgung im Lokalen ausgeht. Damit verknüpften sie die Anliegen der Ressourcengerechtigkeit und Kontrollmacht, der Verfügungsrechte und Entscheidungsbefugnisse von Frauen.

Feministische Ökonominnen wie Luise Gubitzer zeigen auf, dass Wirtschaft weit mehr ist als die Bereiche, die im Bruttoinlandsprodukt / BIP aufscheinen. Sie verweisen auf die viele unbezahlte Arbeit, die im Bereich der Haushalte, durch Ehrenamt oder Nachbarschaftshilfe geleistet wird und ohne die die Gesellschaft zusammenbrechen würde.

In ähnlicher Weise plädieren auch indigene Organisationen für ein anderes Wirtschaftsparadigma und verweisen auf ihre eigene Lebensweise. Nicht ständiges Wachstum und Geldvermehrung führt zu einem guten Leben für alle, sondern harmonische Beziehungen der Menschen untereinander und mit der Natur. Die Welt braucht nicht noch mehr Wettbewerb sondern mehr Kooperation. Statt der Jagd nach Immer-mehr muss die Frage nach dem Genug gestellt werden, und statt einer weiteren Ausweitung der Marktmacht sind die Gemeinschaftsgüter verstärkt zu schützen. Eine tatsächliche Green Economy sei mit der Wachstumsideologie unvereinbar.

Inspirationsquelle Solidarische Ökonomie

Auch im Workshop waren sich die TeilnehmerInnen einig, dass die Programmierung der Wirtschaft auf ständiges Wachstum keine zukunftsfähige Strategie ist und daher mit der Wachstumslogik gebrochen werden muss. Dabei kann von der Praxis und den theoretischen Überlegungen der Solidarischen Ökonomie in Lateinamerika vieles gelernt werden, etwa von den assoziativen gemeinschaftlichen Betrieben oder den „Gemeinschaftswährungen“. Der chilenische Sozialwissenschaftler Luis Razeto, der seit mehreren Jahrzehnten theoretisch und praktisch mit der Solidarischen Ökonomie verbunden ist, spricht von der großen Bedeutung des „Factor C“ für ein effizientes Wirtschaften. „C“ deswegen, weil viele spanische Wörter, die mit Kooperation und Gemeinschaft zu tun haben, mit c beginnen, wie cooperación, comunidad, comunión,... Die kapitalistische Wirtschaftsweise, die sich sehr viel auf ihre Effizienz einbildet, ist sogar sehr ineffizient, wenn man die Ressourcenverschwendung und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich berücksichtigt. Razeto schlägt daher vor, in den Modellen und Berechnungen der Wirtschaftswissenschaften auch den Factor C einzubeziehen, zusätzlich zu den gängigen Faktoren wie Kapital, Arbeitskraft, Technologie oder Grund und Boden.

Stützen des Unrechts und ihre Überwindung

In der zweiten Workshop-Hälfte arbeitete die Gruppe mit einem Analyse-Modell aus der Friedensbewegung, das von Jean Goss und Hildegard Goss-Mayr vom Internationalen Versöhnungsbund entwickelt worden ist:

1. Analyse:

das Unrecht sehen und benennen
die Pfeiler, die das Unrecht stützen, erkennen
(die eigene Verstrickung, Personen, Gruppen, Institutionen, Gesetze, Ideologien,...)

2. Entwicklung der Strategie:

Welche Pfeiler des Unrechts kann man am ehesten abbauen? Wer kann am ehesten für eine Zusammenarbeit gewonnen werden?
Wie gehen wir vor? (Schulung in den Grundlagen und Methoden der aktiven Gewaltfreiheit,...)

3. Arbeit an der Alternative:

den Dialog suchen, an die Öffentlichkeit gehen, Lösungsvorschläge einbringen, Widerstand leisten, an einer parallelen Gesellschaftsstruktur arbeiten, beginnend im eigenen Leben und in der eigenen Gruppe,...
Mit kleinen Schritten beginnen!

Die Workshop- Gruppe benannte das wirtschaftspolitische Dogma vom ständigen Wirtschaftswachstum als Unrecht und identifizierte dann einige „Säulen“, die dieses Unrecht stützen:

Wissenschaften (Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft,...)
Kultur / Religion / Ideologien
Gesetze und Generierung von Gesetzen
Politik / Staat
Medien
Geschlechtliche Arbeitsteilung
Transnationale Unternehmen
Geldsystem
wir selbst

Besonders heftige Diskussionen ergaben sich bei der Rolle der Religionen, die einerseits zur Festigung von Herrschaftssystemen beitragen und andererseits eine große Kraftquelle für befreiende Aktivitäten sein können. Diese Ambivalenz, die nicht nur für die Religion gilt, zeigt, wo nach Verbündeten gesucht werden kann, um die entsprechende Stütze des Unrechts zum Bröckeln zu bringen.

Eine andere heftige Diskussion drehte sich um die Aufgaben des Staates. Sie beruhte zum Teil auf gegenseitigen Missverständnissen. Allzu oft vergessen wir, wie viel wir gemeinsam haben und zerstreiten uns. So wird auch die Uneinigkeit derjenigen, die von der BIP-Fixierung der Wirtschaft weg wollen, zu einer starken Säule, die das Unrecht stützt, denn „divide et impera“, teile und herrsche, hat immer schon gut zugunsten der Mächtigen funktioniert. Die Initiative Zivilgesellschaft trägt mit ihren Konferenzen zum besseren Verständnis und Meinungs austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen bei und stärkt dadurch die Einheit in der Vielfalt.



